DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Wesel
Fraktionsvorsitzender
Norbert Segerath

Rede zum Haushalt 2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Damen und Herren.

Zuerst eine grundsätzliche Bemerkung. Es kann und darf nicht sein, dass eine Stadt sich zu Tode spart. Wir lehnen die Deckelung des Haushaltes mit einer Kreditneuaufnahme von 2,8 Mio. € ab. Zum Einen wurde diese Deckelung schon längst ad absurdum geführt, ich erinnere nur an die rasant steigenden Pflichtaufgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich, zum Anderen dürfen wir uns keine derartige Fessel auferlegen, die fast schon an Haushaltssicherung grenzt, nur eben freiwillig, sozusagen in vorauseilendem Gehorsam.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass von einem Doppelhaushalt, wie er gegen unsere Stimmen für 2012 / 2013 beschlossen, abgesehen wurde und für 2014 und 2015 Einzelhaushalte erstellt wurden.
Die erste Aufgabe einer Stadtverwaltung ist es, auf die Belange und Wünsche ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen, den Aufgaben und Pflichten nachzukommen zu denen sie gesetzlich verpflichtet ist. Wenn durch administrative Maßnahmen seitens des Kreises, Landes oder der Bundesregierung den Kommunen Leistungen abverlangt werden, die nicht gegenfinanziert sind, muss darauf hingewiesen werden. Es muss politischer Druck auf die Landes- und Bundesregierung organisiert werden, um eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene sicher zu stellen.
Wir alle hier, sowohl Verwaltung als auch die Politik, müssen dafür sorgen dass

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Wesel
Fraktionsvorsitzender
Norbert Segerath

a) die Mittel zur Verfügung stehen

und

b) dass sie sinnvoll und ausgewogen eingesetzt werden.

Da müssen auch mal die Parteifreunde im Landtag oder Bundestag aktiviert werden. Hier im Wahlkreis hüh und im entsprechenden Gremium hott zu sagen ist schlechter Stil, der den Kolleginnen und Kollegen durchaus auch mal vorgehalten werden muss.

Wir, die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wesel begrüßen es, dass Wesel als eine der wenigen Kommunen noch nicht dem Haushaltssicherungskonzept unterliegt. Die moderate Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 423% haben wir akzeptiert, um Nachteile bei der Schlüsselzuweisung zu vermeiden. Einer weiteren Erhöhung, die vor allem Eigenheimbesitzer und Mieter betreffen würde, werden wir keinesfalls zustimmen. Zuerst müsste überprüft werden, ob es Spielräume zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer gibt.

Externe Gutachten

Was kritisch beleuchtet werden sollte, ist die Tatsache, dass sehr viele, unserer Ansicht nach zu viele Gutachten, an externe Unternehmen vergeben werden. Uns stellt sich allerdings die Frage, ob diese Dienstleistungen und Gutachten alle nötig waren. Haben wir in der Verwaltung keine Fachleute, die zu solchen Fragen Stellung nehmen können wie z. B. die Entsorgungslogistik der Biotonne, Feuerwehrstrukturierung, Gebäudeausrüstung für KiTa's usw.

Fördermittel

Ebenso schwer nachvollziehbar ist, dass Leistungen gemäß dem Ratsbeschluss vom 07.03.2006 grundsätzlich einzustellen sind, wenn Fördermittel seitens des Bundes / Landes wegfallen. Es ist nicht einzusehen, dass sinnvolle und von allen Seiten gelobte Leistungen gerade im sozialen

Bereich wie Sozialarbeit in den Schulen oder auch Mehrgenerationenhaus nicht weitergeführt werden sollen.

B58 Büderich

Als nächsten Punkt für eine Ausgabe, die auf den Prüfstand gestellt werden sollte, benennen wir die Verkehrsberuhigung der B58 nach Inbetriebnahme der Umgehung Büderich. 280.000,00€ sind dafür eingestellt. Damit kann man eine Menge tun. Wir möchten keinem Kind sagen müssen, dass seine Mittel zur Förderung in einer zur Verkehrsberuhigung dienenden Baumaßnahme verblieben sind. Statt der sehr großzügigen Maßnahme, die sich unserer

Ansicht nach nur eine Kommune, die im Geld schwimmt, leisten kann, sollte eine abgespeckte Variante, die mit deutlich geringerem Aufwand an finanziellen Mitteln verwirklicht werden kann, favorisiert werden.

Städtische Bäder:

Wir befürworten die Sanierung des Heubergbades mit ca. 5,1 Mio. € über 3 Projektstufen verteilt. Wir halten ein funktionierendes Hallenbad für sehr wichtig. Es geht hier um Lebensqualität, Freizeit und nicht zuletzt auch um das Schulschwimmen.
Wir weisen aber nochmals darauf hin, dass bei den Begutachtungen auf die Objektivität des entsprechenden Gutachters geachtet werden muss. Zum Beispiel, einen Hersteller von Wasserrutschen mit der Begutachtung der vorhandenen Rutsche zu beauftragen kann nur zu dem Ergebnis führen, dass eine neue Rutsche angeschafft werden muss. Hier ist ein signifikantes Eigeninteresse des Gutachters festzustellen.

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Wesel
Fraktionsvorsitzender
Norbert Segerath

ASG

Die ASG ist ein sehr gut funktionierender städtischer Betrieb, der seine Aufgaben sach- und fachgerecht erledigt, und in jüngster Zeit sehr zu Unrecht angegriffen wurde. Wir begrüßen die Erhebung der Gebühren von 3 € auf den angelieferten Grünschnitt je 500 l, da wir hier eine steuernde und der Beitragsgerechtigkeit dienende Maßnahme sehen. Es ist nicht einzusehen, dass Bürger, die in Mietwohnungen leben und von einem nur Garten träumen können, die Entsorgungskosten für den Grünschnitt der Gartenbesitzer mittragen müssen. Auch die Verhinderung von Kleinstanlieferungen würde damit gelingen.

Stadtentwicklung:

Hier stellen wir trotz einiger guter Ansätze Fehlverhalten bzw. Fehlplanungen fest. Zum Beispiel bei der Vergabe bzw. Vermarktung von Grundstücken, die deutlich zu Ungunsten der Stadt veräußert werden. Die Quadratmeterpreise liegen bis zu 50% unter den Kosten, die auf Seiten der Stadt für die Bereitstellung geleistet werden. Jüngstes Beispiel ist der im Bau befindliche Autohof in Büderich. Hier lagen die Erlöse rd. 25 % unter den Kosten, welche bei der Stadt angefallen sind. Eine Amortisierung ist hier mehr als unwahrscheinlich, da bekannt ist, dass die Gewerbesteuereinnahmen bei Tankstellen gering sind. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen dürfte sich hier in Grenzen halten, da sowohl Tankstellen als auch Systemgastronomie überwiegend geringfügig Beschäftigte einstellen.

Flächenverbrauch

In Wesel sollen weitere Wohngebiete entstehen, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken und junge Familien in die Stadt zu holen. Dies geschieht in der Regel durch die Bereitstellung von Baugrund für die Errichtung von Einfamilienhäusern. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Aber wir brauchen bezahlbare Wohnungen, auch in der Innenstadt.
Zum demografischen Wandel gehört auch, dass der ältere Teil der Bevölkerung in absehbarer Zeit Wohnraum bzw. Wohneigentum abgibt. Hier wird ein

Angebot entstehen, welches genutzt werden kann und muss. Es sollten Konzepte entwickelt werden, die diese Entwicklung berücksichtigen. Nicht nur die neuen Wohngebiete sondern auch die zu erwartenden zukünftigen Leerstände müssen dabei Berücksichtigung finden.

Kommen wir nun auf den ungeheuren Flächenverbrauch als Folge der extensiven Auskiesung zu sprechen. Mit der Auskiesung in und um Wesel herum sind beste landwirtschaftliche Böden verloren gegangen, was so nicht länger hingenommen werden darf. Das Argument der Kiesindustrie, durch Renaturierung neue Lebensräume zu schaffen, kann man nur als hilflosen Versuch einer Erklärung werten, wieso die Natur derart vergewaltigt wird. Renaturierung ist hier sowieso der falsche Begriff, da hier Acker- und Weideland in Wasserflächen umgewandelt werden. Renaturierung hieße, dass auch wieder landwirtschaftlich nutzbares Land geschaffen wird. Eine Industrie, die sich selbst feiert, durch brutale Eingriffe in die Kulturlandschaft eine derartige Umwandlung zu vollziehen, dürfen wir in der heutigen Zeit nicht mehr tolerieren.

Tourismus und Naherholung

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder versucht, das Naherholungsgebiet, nicht nur der Weseler Bevölkerung, den Auesee wirtschaftlichen oder anderen besonderen Interessen zugänglich zu machen. Dies wollen die Weseler nicht. Das zeigen die öffentlichen Reaktionen auf diese Begehrlichkeiten. Der Auesee soll bleiben, wie er ist – ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in Wesel.

Soziales

Der Jugendhilfeausschuss hat den Haushaltsplan für 2015 in seiner Sitzung am 26. November abgelehnt und dies mit gutem Grund. Es geht nicht, die Ausgaben zu deckeln, weil es sich in den meisten Fällen um Pflichtaufgaben handelt.

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Wesel
Fraktionsvorsitzender
Norbert Segerath

Selbst wenn man nur die derzeitigen Fallzahlen zugrunde legt, reichen die Mittel des Haushaltsansatzes nicht aus. Allein die Haushaltsansätze im Bereich Jugendhilfe und Soziales machen den vorliegenden Haushaltentwurf zu Makulatur.
Wie die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gezeigt hat, haben sich die beiden großen Fraktionen verbündet, um mit fragwürdigen Mitteln einen auf den ersten Blick akzeptablen Haushalt zu beschließen. Dafür wird gespart an Stellen, die wir nicht hinnehmen dürfen. Dem Mehrgenerationenhaus wird die Unterstützung seiner niedrigschwelligen Angebote für junge Familien versagt, obwohl immer wieder zu Recht darauf hingewiesen wird, dass nur durch gute Prävention langfristig die Ausgaben im Jugendhilfebereich zurückgedrängt werden können. Für die neue Kindertagesstätte am Brüner Tor, die wegen der baulichen Situation nicht optimal ist und mit vielen Kompromissen leben muss, sind Mehrausgaben von ca. 12.000 Euro für ein optisch ansprechendes und pädagogisch sinnvolles

Gerätehaus nicht finanzierbar. Für den offenen Ganztag in der Büdericher Grundschule, der sich sehr zur Freude aller Beteiligten großer Beliebtheit und Nachfrage erfreut, werden keine Mittel zur erforderlichen Erweiterung eingeplant.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wesel kann diese Haushaltsplanung nicht mittragen und wird den Haushalt deshalb ablehnen.